

96/AE XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abgeordneten Anton Leikam, Mag. Schlägl, Gaal Pendl
und Genossen
betreffend zusätzliche 1.000 Planposten für die Sicherheitsexekutive

Die Aufgaben der Sicherheitsexekutive sind aufwendiger und komplexer geworden. Neue Formen der Kriminalität treten in Österreich in Erscheinung. Daher bedarf es der Schaffung von zusätzlichen Planstellen für die Sicherheitsexekutive und die Sicherheitsverwaltung.

Unter der Regierungsverantwortung der SPÖ ist Österreich einer der sichersten Staaten der Europäischen Union geworden. Dieses hohe Maß an Sicherheit für die hier lebenden Menschen muss erhalten und ausgebaut werden. Daher ist es notwendig, eine effiziente und leistungsbereite Sicherheitsexekutive zu fördern, die durch ihre tägliche Arbeit die Sicherheit der Menschen in Österreich gewährleistet und imstande ist, erfolgreich gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorzugehen. Darüber hinaus soll durch verstärkte wahrnehmbare Präsenz in der Öffentlichkeit die präventive Arbeit gefördert werden. Vermehrte Streifentätigkeiten sind ein wichtiges Instrument zur Kriminalitätsvorbeugung und steigern gleichzeitig das Sicherheitsgefühl der Menschen.

Es sind daher alle Maßnahmen zu treffen, die den positiven Trend der letzten Jahre - rückläufige Kriminalitätsrate bei gleichzeitig steigenden Aufklärungsquoten - fortsetzen und verstärken. Dazu gehört vor allem eine personell ausreichend besetzte Sicherheitsexekutive. Deshalb sind im Bereich der inneren Sicherheit entsprechende personelle Vorkehrungen erforderlich. Die nun bekannt gewordenen Vorhaben der FP/VP - Regierung gefährden jedoch den bisherigen Erfolgskurs und sehen keine Maßnahmen zur Verbesserung der personellen Situation vor.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung:

Der Nationalrat hat beschlossen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, durch welche in den nächsten 4 Jahren 1.000 zusätzliche Planstellen für die Sicherheitsexekutive und die Sicherheitsverwaltung geschaffen werden, die in erster Linie in den Bereichen Verkehrssicherheit, der Bekämpfung der Schlepperei, der Meldestelle für Kinderpornografie im Internet, der Umweltkriminalität und der Wirtschaftskriminalität sowie für die personelle Aufstockung der Polizei - und Gendarmerie -Wachstuben im Landesinneren Verwendung finden.“

Zuweisungsvorschlag: Ausschuß für innere Angelegenheiten